Workshop I – Ausschuss „Ambulant-stationäre Versorgung“



Wie kann die bayerische Ärzteschaft zur Krisenresilienz im Gesundheitswesen beitragen? Mit dieser Frage beschäftigten sich die Mitglieder des Ausschusses „Ambulant-stationäre Versorgung“ und zahlreiche Gäste im diesjährigen Workshop.

Den fachlichen Auftakt gestaltete Ministerialdirigentin Simone Kohn, Leiterin der Abteilung Gesundheitssicherheit im Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention. Angesichts veränderter Bedrohungslagen und der Erfahrungen aus vergangenen Krisen müsse die Sicherstellung der medizinischen Versorgung auch unter extremen Bedingungen oberstes Ziel sein. Sie verwies auf bestehende rechtliche Grundlagen und kritisierte das Fehlen eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes, das die Länder als verbindlichen Rahmen für Planung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen dringend bräuchten.

Derzeit würden wichtige Vorhaben unter anderem im Rahmen des Petersberger Prozesses, im Austausch mit der Bundeswehr sowie durch den Expertenrat Gesundheitssicherheit vorangetrieben. Zu den zentralen Handlungsfeldern zählten Bevorratungsstrategien, etwa für Schutzausrüstung und Arzneimittel, der Schutz von Gesundheitseinrichtungen durch größere infrastrukturelle Autarkie und verbesserte Sicherheitskonzepte sowie belastbare Kommunikations- und Netzwerkstrukturen. Besondere Bedeutung komme dabei dem „Faktor Mensch“ zu. Neben Aus- und Fortbildung müsse das Problem der sogenannten Doppelassignierung von Personal in Krisensituationen gelöst werden. Ebenso wichtig seien interdisziplinäre Krisenstäbe und eine enge Vernetzung aller beteiligten Akteure. Der Aufbau einer resilienten Gesundheitsarchitektur könne nur gemeinsam und lösungsorientiert gelingen.

In der anschließenden Diskussion erarbeiteten die Teilnehmenden mehrere Entschließungsanträge für den 85. Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetag (BÄT). Sie betreffen die Nutzung ärztlicher Meldedaten, die Erfassung der Einsatzbereitschaft von Ärztinnen und Ärzten in Krisenlagen, Fortbildungsangebote zur ärztlichen Krisenresilienz, die Berücksichtigung des Themas in der ärztlichen Weiterbildung sowie die Verankerung der psychosozialen Notfallversorgung in Krisenplänen.

Bereits im Vorfeld hatte der Ausschuss einen weiteren Antrag zur Vermeidung von Stigmatisierung von Patientinnen und Patienten mit mikrobiellen Resistenzen eingebracht.

Im Workshop wurde deutlich, dass die bayerische Ärzteschaft ihren Beitrag zu einer resilienten Gesund heitsversorgung aktiv gestalten will.

Alexander Fuchs, Wunsiedel
Dr. Ulrike Scheske-Zink (BLÄK)

Workshop II – Ausschuss „Angestellte Ärztinnen und Ärzte“

Der Ausschuss „Angestellte Ärztinnen und Ärzte“ befasste sich im Rahmen seines Workshops auf dem diesjährigen 85. BÄT mit dem Thema „Machtmissbrauch im Gesundheitswesen“ und knüpfte damit an den Workshop des Vorjahres an.

Professorin Dr. Doreen Richardt, Oberärztin für Gefäßchirurgie am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) in Lübeck und seit vielen Jahren in diversen Gremien mit dem Thema befasst, stellte in einer umfassenden und fesselnden Keynote fest: „Machtmissbrauch liegt vor, wenn Macht nicht mehr dem Zweck dient, zu dem sie verliehen wurde, und Machtmissbrauch ist nur möglich, wo Struktur und Kultur es zulassen.“ Es gebe vier Ebenen, auf denen Handlungsoptionen bestünden und die alle gemeinsam betrachtet und angegangen werden müssten: zunächst die betroffene Person selbst, dann das Team, die Institution (zum Beispiel Klinik) und zuletzt das übergeordnete System, zum Beispiel die Kammern. Während Institutionen dazu neigten, den Reputationsschaden als größtes Problem zu betrachten und entsprechend zu handeln, könne eine positive Teamkultur eine effektive Prävention von Machtmissbrauch bedeuten. Wichtig seien eine positive Fehlerkultur, eine Haltung, die das Ansprechen von Problemen zur Erwartung mache, ein anerkennendes Arbeitsklima, in dem niemand bloßgestellt werde, und ein Selbstverständnis, dass niemand wegschaue, wenn es zu Grenzüberschreitungen kommen sollte. Von Machtmissbrauch Betroffene müssten möglichst rasch durch kompetente externe Hilfsangebote aufgefangen werden.

In der anschließenden lebhaften Diskussion berichtete auch Dr. Wolfgang Schaaf, Ombudsperson für Weiterbildungsfragen der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), über seine Erfahrungen. Nicht alle angesprochenen Punkte konnten ausreichend gewürdigt und diskutiert werden; der Ausschuss wird sie im Laufe des Jahres weiterbearbeiten.

Aus dem Workshop und der vorbereitenden Ausschussarbeit wurden fünf Anträge zum Thema ins Plenum eingebracht. Sie zielen darauf ab, die bestehenden Ombudsstellen der BLÄK zu stärken, auszubauen und mit dem „3G-CIRS“ der Bundesärztekammer (BÄK) zu verknüpfen, Begehungen von Weiterbildungsstätten durch die Bayerische Landesärztekammer (BLÄK) in der Weiterbildungsordnung und im Heilberufe-Kammergesetz zu verankern sowie eine jährliche Evaluation der ärztlichen Weiterbildung einzuführen.

Dr. Florian Gerheuser, Augsburg
Claudia Berndt (BLÄK)



Workshop III – Ausschuss für Hochschulfragen

Der Ausschuss für Hochschulfragen hatte seinen diesjährigen Workshop unter das Thema „Neue Ausbildungsmodelle im Medizinstudium" gestellt.

Als Referenten begrüßten die teilnehmenden Delegierten und Ausschussmitglieder Professor Dr. Dr. h. c. Jürgen Schüttler, der für die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg als Beauftragter für den Medizincampus Oberfranken (MCO) tätig ist und dessen Entwicklung bereits in der frühen Konzeptionsphase als damaliger Dekan der Medizinischen Fakultät in Erlangen begleitet und mitgestaltet hat. Der MCO ist ein Kooperationsprojekt der Universitätsmedizin Erlangen mit dem Klinikum Bayreuth, der Universität Bayreuth und weiteren regionalen Partnern. Als sogenannter „Satellitencampus" verbindet er die vorklinische Ausbildung in Erlangen mit der klinischen Ausbildung in Bayreuth. Seit dem Wintersemester 2019/2020 werden hierfür jährlich 110 zusätzliche Medizinstudienplätze angeboten. Das Studium erfolgt im Rahmen eines regulären Medizinstudiengangs mit einem eigenständigen Zulassungsverfahren. Damit haben die Studierenden bereits bei Studienbeginn Planungssicherheit hinsichtlich ihres späteren klinischen Ausbildungsstandortes.

Im vergangenen Jahr konnten die ersten Absolventinnen und Absolventen in Bayreuth verabschiedet werden. Im laufenden Jahr werden bereits nahezu 100 weitere Studierende ihr Medizinstudium am MCO erfolgreich abschließen. Im Vollausbau umfasst der Studiengang inzwischen rund 830 Studierende, von denen etwa 450 den klinischen Studienabschnitt am Standort Bayreuth absolvieren.



Besonders beeindruckte die Teilnehmenden des Workshops die außergewöhnliche Geschwindigkeit, mit der der Satellitencampus aufgebaut und die erforderlichen Strukturen für Lehre und Forschung geschaffen wurden. Zwischen der Fertigstellung des Konzepts und der Aufnahme des Studienbetriebs lagen weniger als zwei Jahre. In dieser kurzen Zeit wurden die organisatorischen und curricularen Voraussetzungen geschaffen sowie der Aufbau von Lehrgebäuden, Skills Labs und neuen Professuren auf den Weg gebracht.

Wesentliche Erfolgsfaktoren waren dabei die enge und konstruktive Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen, die koordinierende Arbeit einer eigens eingerichteten Taskforce sowie der Aufbau eines neuen Instituts für Lehre und Forschung am MCO (IMCO), das die weitere Entwicklung des Campus maßgeblich unterstützt.

Im Anschluss an die Diskussion formulierten die Ausschussmitglieder und Teilnehmenden am Workshop insgesamt drei Entschließungsanträge für das Plenum des 85. BÄT.

Dr. Matthias Kaufmann, Erlangen
Anna-Marie Wilhelm-Mihinec, LL. M. (BLÄK)

Workshop IV – Ausschuss „Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte"

Im Rahmen des Workshops IV des Ausschusses „Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte" stand die Rolle der Physician Assistants (PA) in der ambulanten Versorgung unter dem Titel „PA im Praxisteam: Mythos, Missverständnis oder echte Chance?" im Mittelpunkt.



Zum Auftakt begrüßte der Ausschussvorsitzende Boris Ott die Anwesenden. Er betonte die zunehmenden Herausforderungen für die ambulante Versorgung durch Fachkräftemangel, steigende Bürokratie und den wachsenden Versorgungsbedarf. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Delegation geeigneter ärztlicher Tätigkeiten an nichtärztliches Personal zunehmend an Bedeutung.

Im anschließenden Fachvortrag stellte Professor Dr. Andreas Kühnl von der OTH Amberg-Weiden die Entwicklung des PA-Berufs in Deutschland vor. Er erläuterte Ausbildung, Tätigkeitsfelder und rechtliche Rahmenbedingungen sowie die internationale Verbreitung des Berufsbildes. Entlastung, Versorgungsqualität und Kontinuität in Praxen und Kliniken wurden als wesentliche Potenziale hervorgehoben.

Einen praxisnahen Einblick boten anschließend Guido Judex und Marco Listl anhand ihrer Erfahrungen aus einer kinderärztlichen Praxis. Sie verdeutlichten anhand konkreter Behandlungsabläufe, wie PA strukturierte Anamnesen, definierte Untersuchungen, Verlaufskontrollen sowie organisatorische und kommunikative Aufgaben übernehmen können. Als besonderer Mehrwert wurden die bessere Nutzung ärztlicher Zeit für komplexe medizinische Entscheidungen sowie kurze, strukturierte Kommunikationswege im Praxisteam dargestellt.

Während viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer in PA einen Beitrag zur Sicherung der ambulanten Versorgung sehen, wurden insbesondere die Notwendigkeit rechtssicherer Delegationsregelungen, bundeseinheitlicher Ausbildungsstandards und klarer Finanzierungs- bzw. Abrechnungsgrundlagen betont. Einigkeit bestand darin, dass Delegation an einen PA ärztliche Tätigkeit ergänzt. Das Handeln des PA soll nie unabhängig vom Arzt erfolgen.

Zum Abschluss befasste sich der Workshop mit Entschließungsanträgen zur zukünftigen Rolle von PA im Gesundheitswesen. Gefordert wurden eine gesetzliche Regelung und geschützte Berufsbezeichnung, bundeseinheitliche Ausbildungs- und Prüfungsstandards sowie eine Klärung der Abrechnungsmöglichkeiten. Darüber hinaus wurden weitere Ausschussanträge zu digitaler Verordnungsunterstützung im Umwelt- und Klimaschutz, Notfallreform und Terminvergabe sowie zur regresssicheren wohnortnahen Weiterverordnung spezialisierter Therapien vorgestellt.

Boris Ott, Blaichach
Quirin Heenemann (BLÄK)